Werk

Titel: Der volkswirthschaftliche Kongreß und der Verein für Socialpolitik

Autor: Held, Adolf

Ort: Leipzig

Jahr: 1877

PURL: https://resolver.sub.uni-goettingen.de/purl?345575393_0001|LOG_0013

Kontakt/Contact

Digizeitschriften e.V.
SUB Göttingen
Platz der Göttinger Sieben 1
37073 Göttingen

info@digizeitschriften.de

Der volkswirthschaftliche Kongreß und der Verein für Socialpolitik.

Von

Adolf Held.

Seit seinem Bestehen arbeitet der volkswirthschaftliche Kongreß eifrig und erfolgreich an der Wegschaffung der alten Fesseln, welche die freie Entwicklung individueller Produktivkräfte in Deutschland hemmten. Die schlimmste aller alten Fesseln war die, welche in der Zersplitterung des Vaterlandes lag. Das Allerwichtigste war, auch für den deutschen Kleinstaatler ein großes Gebiet zu schaffen, auf dem er sich seine wirthschaftliche Thätigkeit frei aussuchen konnte, dem Preußen selbst aber ein freies Verkehrs- und Absatzgebiet in ganz Deutschland zu geben. So waren der volkswirthschaftliche Kongreß und seine geistigen Leiter stets eifrige nationale Politiker, und darin unterschieden sie sich von ihrem großen Vorbilde, der Antikornzollliga oder dem Freihandelsbunde in England.

Soweit es sich um rein wirthschaftliche Fragen handelte, war freilich der Unterschied vom englischen Vorbild geringer. Man operirte mit den aus England und Frankreich entlehnten Sätzen der abstrakten und rein individualistischen Nationalökonomie und suchte in der Wegschaffung individueller Freiheitsbeschränkungen das letzte Ziel aller Agitation — eine Tendenz, die um so einseitiger wurde, je mehr man mit Vorliebe den Optimismus von Bastiat und Carey – bei Letzterem unter Eliminirung der Schutzzollidee – acceptirte.

Indessen so einseitig dies war, so natürlich war es, und wir sehen denn auch, daß bis zu Ende der 60er Jahre sich manche praktische und theoretische Nationalökonomen dem volkswirthschaftlichen Kongreß anschlossen oder ihm doch nicht entgegentraten, obwohl dieselben Bastiats Anschauungen keineswegs in vollem Umfang theilten.

Die Freizügigkeit existirte noch nicht in Deutschland. In vielen Staaten hemmten verrottete Zünfte, Realrechte, Concessionssystem, büreaukratische Preistaxen ꝛc. in unzeitgemäßer Weise den Fortschritt der Gewerbe. Der Freihandel im Inneren mußte dem Partikularismus mühsam abgerungen werden, die Gefahr eines Sieges der extremen Schutzzollpartei forderte

zur Wachsamkeit heraus. Auf die Ablösungen aus der Zeit von 1848 folgte zuerst ein Aufschwung der Landwirthschaft und so erschien das Princip der möglichsten Ausdehnung des freien Privateigenthums als Etwas, woran man keinen Grund hatte zu rütteln.

Eine Agitation kann nicht so allseitig sein und so in die Zukunft blicken, wie die reine Wissenschaft. Sie muß einzelne Ziele fest ins Auge fassen und dabei in gewissem Grade einseitig sein. So hatte lange Niemand, der unsere wirthschaftlichen Verhältnisse vorurtheilsfrei und mit ruhigem Blick betrachtete, einen Grund, dem volkswirthschaftlichen Kongreß entgegenzutreten, und es ist daher richtig, daß dieser Kongreß niemals nur Männer von der reinen Manchesterrichtung umfaßte, wenn auch das Manchesterthum vielfach die Waffen zur Agitation lieferte und dadurch die Hauptführer der Agitation stark erfaßte.

Bis gegen Ende der 60er Jahre bekümmerte sich die reine Wissenschaft allerdings vielfach wenig um den volkswirthschaftlichen Kongreß und die Tagesfragen; sie ging ihre eigenen stillen Wege, ein Gegensatz aber zwischen zwei Richtungen trat nicht hervor. Die erklärten Gegner des volkswirthschaftlichen Kongresses waren lediglich Reaktionäre, Schutzzöllner, Großdeutsche und Lassalleaner, die unabhängigen Männer der Wissenschaft aber sympathisirten mit dem volkswirthschaftlichen Kongreß, wenn derselbe dem Schutzzoll einen Sieg abgewann. Und wenn man auch zugeben mußte, daß Lassalle an wissenschaftlicher Schärfe und dialektischer Gewandtheit den reinen Bastiatiden überlegen war, so waren doch die praktischen Ziele Lassalle's keineswegs diejenigen, denen die Wissenschaft zu dienen bereit war.

Mir ist noch wohl erinnerlich, wie zu Zeiten des großen Streits über den französisch-preußischen Handelsvertrag sich in Bayern Partikularismus, Großdeutschthum und Schutzzollpartei zu mächtiger Liga gegen die Annahme des Vertrags durch den Zollverein verbanden. Das große geistige Haupt der älteren deutschen Nationalökonomie, der Staatsrath und Professor Hermann, aber lächelte über diesen Bund und bezeichnete den Vertrag als einen solchen, den man annehmen müsse. Man war in Bayern hinterher froh, daß man sich auf diese bayrische Autorität berufen konnte.

Der volkswirthschaftliche Kongreß und seine Tendenzen hatten also ihre mächtigen Gegner. Aber er war ihnen überlegen, weil er die wahren Bedürfnisse der Nation vertrat und weil die größere Intelligenz in seinem Dienste oder im Bunde mit ihm stand. War es eine Schwäche der Kongreßpartei, daß sie sich um die Arbeiterfrage wenig kümmerte und kommende sociale Gefahren wenig berücksichtigte, so schadete das damals wenig, weil in der That die Fragen der Freizügigkeit, der Gewerbefreiheit und des Freihandels weit dringender waren. Uebrigens kämpfte der erfolgreiche Schulze-Delitzsch in den Reihen des Kongresses und Lassalle's Anhänger zählten erst nur nach Tausenden.

Die Sachlage änderte sich mit dem Norddeutschen Bunde. In rascher Reihenfolge wurde nun durchgesetzt, was der Congreß bisher angestrebt hatte. Die Freizügigkeit wurde gewährt. Die Zollvereinspolitik bewegte sich in entschieden freihändlerischen Bahnen. Wuchergesetze und Schuldhaft fielen. Maß und Gewicht wurden einheitlich geregelt. Das Postwesen

wurde erleichtert, die Beschränkungen der Eheschließung verschwanden, störende Flußzölle kamen in Wegfall; die Gewerbeordnung verwirklichte die Gewerbefreiheit, so weit es irgend praktisch möglich war, und deutete die künftige Nothwendigkeit neuer zeitgemäßer Ordnungen nur schüchtern an. Schließlich, kurz vor Ausbruch des Krieges von 1870, wurde auch die Konzessionspflicht der Aktiengesellschaften aufgehoben und selbst die juristischen Personen gewannen den freiesten Spielraum.

Die Anhänger des volkswirthschaftlichen Kongresses feierten Triumphe. Aber indem sie fast alle wichtigeren Ziele ihres bisherigen Strebens erreichten, nahm die innere Stärke der Partei — wenn es erlaubt ist, diesen Ausdruck zu gebrauchen — nicht zu. Zunächst verloren sie einen Theil ihrer besten Führer. Durch Eintritt in den Staatsdienst schied der verdienstreiche Michaelis aus der Reihe der Agitatoren. Der erfolgreiche Redner Faucher fing an, stiller zu werden, warf sich auf kulturhistorische Studien über die Herkunft der Sprache, und Jüngere begannen ihn auf der Rednerbühne zu ersetzen. Prince-Smith endlich, wohl der schärfste Kopf unter den Führern von rein freihändlerischer Richtung, fing auch an, über viele Fragen zu schweigen, und in den ersten Lebensjahren des Deutschen Reichs starb der verdiente Schriftsteller und Agitator, nachdem er noch eine Brochüre veröffentlicht hatte, die einen starken Abfall von den alten extremen Principien darstellt. Diese Schwächung wurde empfunden, wenn auch jüngere schriftstellerische Kräfte wie Alexander Meyer nachwuchsen, andere, wie Eras und Oppenheim, mit verdoppeltem Eifer wirkten, wenn auch bewährte Praktiker wie Seyffardt und einflußreiche, gediegene Männer des öffentlichen Lebens wie Genfel treu und eifrig weiter fochten in den Reihen des Kongresses.

Eine weitere indirekte Schwächung kam dazu, indem sich ein neuer Gegner zeigte. Jüngere Nationalökonomen auf deutschen Kathedern fingen an, offen zu erklären, den Grundlehren der Führer des volkswirthschaftlichen Kongresses komme keineswegs die absolute Wahrheit zu, welche diese bisher dafür in Anspruch genommen. Sie verkündeten keine neue Lehre, sondern arbeiteten in den Bahnen, die Knies, Hildebrand, Roscher, Stein und Schäffle gebrochen hatten, weiter. Aber sie fingen an, Tagesfragen zu besprechen oder doch stark zu berühren und unverkennbar trat hervor, daß diese neuen, wenn auch nur gelegentlichen Agitatoren, nicht geneigt waren, in der bisherigen Weise des volkswirthschaftlichen Kongresses zu arbeiten.

Sie waren der Ansicht, daß man bei dem Errungenen nicht stehen bleiben könne, daß den Arbeitern und ihren gerechtfertigten Bedürfnissen durch Auflösung der alten gewerblichen Ordnung und Verweisung auf die individuelle Kraft noch nicht genügend geholfen sei, daß jedenfalls aus der unbedingten Freiheit sich neue Ordnungen entwickeln müßten. Dagegen war die Mehrzahl der alten Anhänger des volkswirthschaftlichen Kongresses offenbar stark geneigt, mit den errungenen Lorbeeren zunächst zufrieden zu sein, keineswegs aber neue Fragen in einem neuen Geiste und mit neuer Kraft anzufassen. Kurz als ein neuer Gegner traten die Anfänge des sogenanten Katheder-socialismus auf: schon 1869 erschien Schmollers Ge-

schichte der Kleingewerbe und bei allerlei Gelegenheiten gab es kleine Scharmützel.

Der neue Gegner beherrschte keinen irgendwie nennenswerthen Theil der Presse. Es gab keine Gruppen von Menschen, die ihr Interesse an die neuen Wortführer band — auch die Arbeiter fanden in ihrer Masse keineswegs in der Pflichtenlehre der sogenannten Kathedersocialisten genügende Befriedigung dessen, wonach sie begehrten. Der beginnende Kathedersocialismus warnte vor künftigen Gefahren, hatte nur das Interesse des ganzen Staats im Auge; er war sonach nothwendig als Agitationspartei schwach.

Aber doch konnte es der sogenannten reinen Freihandelspartei nicht gleichgültig sein, wenn die Mehrzahl der officiellen Vertreter der deutschen Wissenschaft sich anschickte, sie in dem Genuß der ihnen zugeschriebenen Unfehlbarkeit zu stören, nachdem dieselben sie im Kampfe unterstützt oder doch keineswegs bekämpft hatten. Ein bisher willkommener Bundesgenosse fiel weg. Der neue, wenn auch sehr schwache Gegner, hatte zugleich das Eigenthümliche, daß sein Auftreten die Freihandelspartei und den Kongreß in die Rolle einer defensiven und conservativen Partei versetzte. Er war keineswegs antinational wie Socialdemokraten Reaktionäre und Schutzzöllner mit österreichischen Sympathieen. Man konnte ihn also mit politischen Waffen nur bekämpfen, wenn man ihn erst verketzerte. Er kämpfte mit neuen Waffen die er aus dem Arsenal der Geschichte Statistik und Rechtswissenschaft entnahm.

Dennoch dachte der „neue Gegner" anfangs keineswegs an offenen und erklärten Kampf. Dazu waren die Personen wenig angethan, auch waren diese durchaus bereit, das bisherige Wirken des volkswirthschaftlichen Kongresses und die Erfolge der Freihandelspartei in hohem Maße anzuerkennen. Nichts scheint natürlicher, als daß die neuen oder doch neu auftretenden Ansichten, Angesichts der neuen Aufgaben der Gesetzgebung im volkswirthschaftlichen Kongreß selbst sich allmählig hätten Bahn brechen können — auf dem so üblichen Weg der Kompromisse. Die wenig stramme Organisation des volkswirthschaftlichen Kongresses resp. seine Organisationslosigkeit, die ja sogar schutzzöllnerische Siege möglich gemacht hat und der Mangel eines officiellen Programms beim volkswirthschaftlichen Kongreß waren solch friedlicher Entwicklung sogar äußerst günstig.

Zwei Umstände waren es, welche solche friedliche Entwicklung zunächst vereitelten. Der fieberhafte Aufschwung des Erwerbslebens seit 1871 die Spekulation in Kreisen der Besitzenden, die Aufregung der Arbeiter waren der ruhigen allmähligen Reform in den Ansichten der öffentlichen Meinung allzu ungünstig. Zugleich ereignete sich das Aergerliche, daß aus den wenn auch nur partiellen Meinungsverschiedenheiten persönliche Erbitterung sich entwickelte. So standen sich nach mannigfachem gereiztem Federkrieg im Jahre 1872 der volkswirthschaftliche Kongreß und die Versammlung zur Besprechung der socialen Frage (später Verein für Socialpolitik) gewappnet gegenüber. — Im Herbst 1876 aber nahmen etwa 20 Mitglieder des Vereins für Socialpolitik am volkswirthschaftlichen Kongreß in Bremen Theil und halfen hier den Sieg über die Schutzzöllner erkämpfen. Zugleich hatte die Bedeutung und der wirksame Einfluß des volkswirthschaftlichen

Kongresses sich ganz entschieden gegenüber der Zeit der Kongresse in Danzig und München wieder gehoben.

Die Schlacht zwischen Freihandel und Schutzzoll, die im vorigen Oktober in Bremen geschlagen wurde, nahm so sehr die öffentliche Aufmerksamkeit in Anspruch, daß das Erscheinen der Vertreter des Vereins für Socialpolitik in Bremen weniger beachtet wurde. Dennoch ist gerade letzteres Ereigniß von Wichtigkeit und kann für die ganze Zukunft der volkswirthschaftlichen und socialen Agitation in Deutschland von großer Bedeutung werden.

Unsere raschlebige Zeit beginnt schon zu vergessen, wie erbittert vor wenigen Jahren Adolph Wagner und Oppenheim, Schönberg und Eras sich gegenüberstanden. Sie denkt wenig mehr an die Fehden zwischen Brentano und Bamberger, an die heftigen Anklagen der Gemeingefährlichkeit „der Katheder-socialisten", von denen die ganze liberale Presse widertönte. Die „Gegenwart" und die „Weserzeitung" halten es nicht mehr für nöthig, die gefährlichen Männer zu vernichten, welche sich gegen die unfehlbare Autorität von Adam Smith auflehnen. Ja selbst der Streit zwischen Schmoller und Treitschke steht nicht mehr im Vordergrunde des öffentlichen Interesses. Seitdem der „Krach" immer länger dauert, seitdem Schutzzoll- und Reichseisenbahn-Frage wichtig und Arbeitseinstellungen seltener geworden sind - hat offenbar die Gefährlichkeit wirthschaftlicher Reformideen in der Meinung des Publikums abgenommen, leider auch das Interesse an socialen Fragen überhaupt.

Und trotz alledem haben sich die Ansichten der „Katheder-socialisten" keineswegs verändert. Auf die Gefahr hin, Bekanntes zu wiederholen und zur Zeit wenig allgemein Interessantes zu betonen, möchte ich hier kurz folgende Fragen beantworten:

1) Was wollte der sogenannte Katheder-socialismus seit 1871?
2) Welches war und ist das Verhältniß des volkswirthschaftlichen Kongresses zum Verein für Socialpolitik?
3) Welche weitere Entwicklung dieses Verhältnisses ist wünschenswerth?

Bei Beantwortung der 2. und 3. Frage wird es sich ganz von selbst ergeben, daß der jüngste volkswirthschaftliche Kongreß in Bremen eingehend besprochen werden muß.

Der Name Katheder-socialismus ist bekanntlich eine Erfindung von H. B. Oppenheim, deren sich bald Eras, Bamberger, v. Eynern und Andere mit Eifer bedienten. Der Name wollte etwa dasselbe sagen wie der Satz: „Zum Bebel und zum Liebknecht fehlt ihnen nur der Muth." Man identificirte Socialismus und Socialdemokratie und beschuldigte durch diesen Namen die der socialen Reform zugeneigten Theoretiker der offenen oder verkappten Bundesgenossenschaft mit den Socialdemokraten.

Diese Beschuldigung war über die Maßen ungerecht, da die sogenannten Katheder-socialisten stets mit größtem Eifer die Revolutionsideen, den Materialismus und Kosmopolitismus, die sinnlose Gleichmacherei der Socialdemokraten bekämpften. Sie thaten dies nur mit anderen Waffen als Bastiat und verlangten eine allmählig steigende Theilnahme der arbeitenden Massen an den Früchten der Cultur. Jeder Fachkenner weiß, daß das eherne Lohngesetz Ricardo's den Socialdemokraten die willkommenste

aller Theorien ist. Eben dies Gesetz haben die Kathedersocialisten immer bekämpft und sonach könnte man Ricardo's Schule weit eher der Bundesgenossenschaft mit Marx beschuldigen. Allein das Wort „Kathedersocialisten" war ein „guter schlechter Witz" und so ließ sich mit Gründen dagegen nicht kämpfen. Es erschien mir von Anfang an gescheidter, den Namen zu acceptiren und zu versuchen, ob er sich unter starker Betonung der eigentlichen, mit Socialdemokratie keineswegs zusammenfallenden Bedeutung des Wortes Socialismus nicht zum Ehrennamen gestalten ließe.

Ich stoße mich also nicht an diesen Namen. Die sogenannten Kathedersocialisten, die sich später selbst Socialpolitiker nannten, erfanden, wie schon gesagt, keine neue Theorie. Sie bauten auf den Arbeiten der hervorragenden älteren deutschen Nationalökonomen weiter und stellten zunächst eine Reihe rein wissenschaftlicher Postulate auf, durch welche sie sich allerdings in Gegensatz zu den französischen Oekonomisten sowie zu Cairnes und den Cobden-Club-Nationalökonomen Englands stellten. Sie verlangten volles Verlassen des Strebens nach Aufstellung allgemein gültiger wirthschaftlicher Naturgesetze, möglichstes Aufgeben der Forschungsmethode, welche aus einer mehr oder minder fiktiven Prämisse durch reine Deduction Schlüsse zieht. Sie verlangten möglichste Begründung des ökonomischen Forschens auf historische und statistische Materialien — realistische Nationalökonomie. Sie verlangten vor Allem, daß die Prämisse aufgegeben werde, der einzelne Mensch *sei* bei seinem wirthschaftlichen Thun *nur* vom Egoismus beherrscht, und sie bestritten den Satz, der Mensch *solle* ungebunden nur vom Egoismus beherrscht werden, dadurch werde das allgemeine Wohl am sichersten gefördert. Sie behaupteten dagegen, der Gemeinsinn sei stets mit dem Egoismus wirksam und solle das sein — ethische Nationalökonomie. Endlich verlangten sie, daß auch der wirthschaftende Mensch als Glied des Staatsorganismus betrachtet werden müsse, sie verwarfen die Annahme eines allein gültigen Naturrechts und verlangten, das jeweilig geltende Rechtssystem müsse im Ganzen und Einzelnen als höchst wichtiger Faktor für die Gestaltung der wirthschaftlichen Verhältnisse kritisch beachtet werden — social-politische, historisch-rechtliche Auffassung.

All dies war längst verlangt worden. Die realistische Methode war seit Roscher und Engel, der ethische Gesichtspunkt seit Hermann, die Beachtung von Staat und Recht seit Stein und Schäffle anerkannt worden. Wenn Praktiker und Agitatoren an der alten abstrakten Methode, dem Egoismus und Naturrecht festhielten, so konnten sie das nur aus Bequemlichkeit und Abneigung gegen mühsameres Studium thun, sie konnten aber unmöglich auf die Dauer ein Eingehen auf die neueren Methoden versagen, ja einzelne Mitglieder des volkswirthschaftlichen Kongresses hatten seit Langem in ähnlicher Weise gearbeitet.

Der eigentliche Streit und die Leidenschaft entbrannte auch nicht darüber, sondern über gewisse praktische, wirthschaftspolitische Konsequenzen, welche die sogenannten Kathedersocialisten vermittelst ihrer neuen Methode zogen und ihrerseits nicht ohne Ostentation vor die Oeffentlichkeit brachten. Versuchen wir, diese praktischen Postulate zusammenzufassen, so verlangten die Kathedersocialisten:

1) Ein größeres Maß positiver Staatsintervention in wirthschaftlichen Dingen — nicht durch Rückkehr zu alten abgelebten Institutionen, sondern auf neuen Wegen. Sie bekämpften das absolute laissez faire et passer und zwar principiell, nicht nur so, daß sie einzelne Ausnahmen dieses Princips zugestanden.
2) Sympathisirten sie stark mit staatlich anerkannten statutarischen Organisationen der Angehörigen der einzelnen wirthschaftlichen Stände: Genossenschaften, Gewerkvereinen, Einigungsämtern, neuen Innungen ꝛc.
3) War eine gewisse Sympathie mit den bisher vielfach unbeachteten Arbeiterinteressen und ein gewisses Mißtrauen gegen die emporstrebende Uebermacht des beweglichen Kapitals nicht zu verkennen.

In letzterem Punkte differiren alle sogenannten Kathedersocialisten nur dem Grade nach. Sehr wenige allerdings betrachten die jetzige Vertheilung des Besitzes als unrecht, und diese selbstverständlich nur als theilweise unseren Billigkeitsanschauungen widersprechend; aber auch diese sind der Ansicht, daß die jetzige Vertheilung nicht gewaltsam verändert werden dürfe, sondern nur besser gestaltet werden müsse durch freiwillige oder erzwungene Anerkennung höherer socialer Pflichten der Besitzenden. Sämmtliche Kathedersocialisten konnten in Anbetracht dieser ihrer Gesinnung mit den Fabrikanten der Bonner Konferenz von 1870 und Gründern der Concordia zusammen arbeiten. Keiner wurde je ein oppositioneller oder gar revolutionärer Arbeiterführer. Dennoch nahm man den Socialpolitikern ihre oft in starken Ausdrücken betonte Abneigung gegen den Götzendienst des Kapitals am heftigsten übel — natürlich in einer Zeit, in welcher das Kapital rapide wuchs, die Gewinnsucht der Besitzenden leidenschaftlich spekulirte und sich sehr ungern durch die Ansprüche der Arbeiter etwas eingeengt fühlte. Ich will nicht jeden Ausdruck, der in der Hitze des Gefechts einzelnen Socialpolitikern entfuhr, vertreten, obwohl diejenigen Ausdrücke, die zur Verhaßtheit der Kathedersocialisten am meisten beitrugen, z. B. das Postulat des 6stündigen Arbeitstags, nicht von Kathedersocialisten, sondern von ihren Gegnern erfunden wurden. Im Ganzen aber wird man sagen müssen, daß die Arbeiterfreundlichkeit der Socialpolitiker ein ebenso natürlicher als heilsamer Gegensatz gegenüber manchesterlichen Anklängen war und ist, die sich auch in der deutschen Literatur zeigten. Da es den Arbeiterinteressen in der vom „gebildeten Publikum" gelesenen Literatur an natürlichen Vertretern fehlte, so lief diese Literatur Gefahr, einseitig zu werden. Wenn nun Männer ohne jedes eigene Interesse an die Arbeiterinteressen mit Wärme erinnerten und dabei gelegentlich zu warm wurden, war dies nicht ein Verdienst gegenüber einer öffentlichen Meinung, welche Arbeiterinteressen zu ignoriren oder unverständig feindselig zu betrachten geneigt war? Täuschen wir uns nicht: Es ist dem Menschen zu natürlich, den Mitmenschen als zu seinem Dienst verpflichtet anzusehen, das Gefühl des Braminen gegen den Paria zu entwickeln. Aus Gedankenlosigkeit, einfach weil man zu träge ist, sich in die Lage der Mitmenschen hineinzudenken, wird man hartherzig und unbillig. War es wirklich unnöthig, energisch zu betonen, das Streben des Arbeiters nach Lohnerhöhung und verkürzter Arbeitszeit sei weder revolutionär noch unmoralisch?

In den Preußischen Jahrbüchern hat einmal Brentano, später habe ich in der Concordia ausführlicher die Aehnlichkeit zwischen den sogenannten Kathedersocialisten in Deutschland und den christlichen Socialisten in England besprochen. Auch Kingsley und seine Gesinnungsgenossen wurden manchmal leidenschaftlich, auch sie gewannen keine große Partei, weil sie keinem Interesse dienten, auch sie wurden viel mehr verkannt und bekämpft als verstanden — aber doch haben sie unendlich heilsam gewirkt, weil sie unter den Besitzenden das Pflichtgefühl gegen die unteren Stände weckten, bei den Arbeitern das absolute Mißtrauen gegen die höheren Stände verscheuchten und so viele reformirende Schritte der Gesetzgebung, viele fruchtbringende Anfänge socialer Selbsthülfe ermöglichten. Ich glaube nicht, daß jemals die Majorität unserer Presse den sogenannten Kathedersocialisten wirklich und förmlich Anerkennung zollen wird — doch wird die Agitation nicht umsonst gewesen sein, wenn auch nur die Arbeiter der deutschen Gewerkvereine fest und dauernd die Empfindung gewonnen haben, daß gesetzliche Bestrebungen zur Verbesserung der Lage der Arbeiter auch unter den besser Gestellten ihre Freunde haben. — Ich hege die Hoffnung, daß es dereinst möglich sein wird, nachzuweisen, daß der Kathedersocialismus der Socialdemokratie Abbruch gethan hat, daß er einen Anstoß gegeben hat zum Aufgeben des revolutionären Unsinns der Socialdemokraten. Heute schon steht wenigstens dies fest, daß der Kathedersocialismus eine unparteiischere Beurtheilung von Arbeiterpostulaten angebahnt hat — es verschlägt Nichts, wenn das erreichte Gute seinen Urhebern nicht zu Gute geschrieben wird.

Doch wenden wir uns zu den anderen specielleren Postulaten der Socialpolitiker: Ein größeres Maß positiver Staatsintervention wurde sogar im Programm des Vereins für Socialpolitik verlangt. Man bezeichnete dadurch den Gegensatz zu dem absoluten laissez faire et passer oder zu der Lehre Benthams, die Industrie verlange von der Regierung zumeist nur, was Diogenes von Alexander verlangte: „Geh' mir aus der Sonne." Es ist heute kaum nöthig, die Berechtigung dieses „kathedersocialistischen" Postulats noch zu beweisen. Die liberalen Zeitungen ereifern sich ja um die Wette, zu betheuern, daß sie nie ein absolutes laissez faire gewollt hätten; selbstverständlich ist dies bei Denjenigen, die für Schutzzölle oder Reichseisenbahnen sind. Doch auch bei Andern steht es heute fest, daß absolutes laissez faire praktisch unmöglich sei, daß in jedem Falle einzeln untersucht werden müsse, welche positive Staatsintervention im Interesse des Verkehrs, der Hygiene ꝛc. erwünscht sei. Da dies heute allgemein anerkannt ist, wollen wir mit dem Nachweis, daß es vor 1873 nicht allgemein anerkannt war, keine Zeit verlieren. Denn auch hier kommt es uns lediglich auf das Durchdringen der richtigen Ansicht an.

Weniger allgemein ist die Forderung nach Organisation der Erwerbstände anerkannt. Gewerkvereine durch Gesetz zu unterdrücken, wagt man allerdings kaum vorzuschlagen; ihr Nutzen, ja ihre Lebensfähigkeit aber werden noch vielfach bestritten; keineswegs ist allgemein anerkannt, daß Gewerkvereine das beste Gegenmittel gegen socialdemokratische Agitationsvereine sind. Genossenschaften werden zwar allgemein gebilligt oder als harmlos betrachtet, aber Einigungsämter und neue Innungen werden noch

stark als Utopien oder als gefährliche Einrichtungen angesehen. Und doch ist nicht zu leugnen, daß seit unserer so jungen Gewerbefreiheit der Drang nach korporativer Einigung der Arbeiter, der Meister und der Fabrikherren überall mächtig hervorbricht, daß Gewerbegerichte ohne Wahlkorporationen unpraktisch sind, daß Hülfskassen, namentlich Invalidenkassen, erst lebensfähig werden, wenn sie in weiten Bezirken Leute von gleicher Lebenslage umfassen. Das wirthschaftlich viel weiter entwickelte England zeigt, daß Trades Unions und verwandte Gebilde unvermeidlich sind, in Frankreich wird von ultramontaner und nicht ultramontaner Seite Korporation der Gewerbe verlangt. Bei uns versuchen Socialdemokraten und Ultramontane mit verschiedenem Erfolg und verschiedener Tendenz solche Korporationen zu schaffen – Beweis genug, daß eine kräftige Tendenz dieser Art vorhanden ist, deren sich diese Parteien bemächtigen wollen. Unsere Gesetzgebung selbst berührte die Frage bei dem Entwurfe über Gewerbegerichte und dem Hülfskassengesetz – sie wird sich bei der Revision des allgemeinen Vereinsgesetzes der Aufgabe, die Gewerkvereine zu regeln, nicht entziehen können.

Beide Postulate, das nach stärkerer Staatseinwirkung und das nach Organisation der Gewerbe, lassen sich in der Forderung *positiver socialer* Reform zusammenfassen. Die Stellung der einzelnen Socialpolitiker zu den genannten beiden Zweigen der socialen Reform war und ist aber eine verschiedene, obwohl dieselben auch praktisch durch das Postulat der gesetzlichen Anerkennung gewerblicher Organisationen zusammenhängen.

Was die Staatsintervention betrifft, so handelt es sich hier um eine Reihe von Einzelfragen und es ist klar, daß diese von einzelnen Schriftstellern verschieden beantwortet werden. Man denke an die Bestrafung des Kontraktbruchs, an Kassenzwang und Zwangskasse bei den Hülfskassen, an Aktiengesetzgebung ꝛc. Charakteristisch dürften aber namentlich zwei Fragen sein – die Frage, ob der Staat gewerbliche Organisationen nicht nur anerkennen und unter Normativbestimmungen stellen, sondern geradezu unter Staatsaufsicht octroiren solle – und die Frage, inwieweit das Spiel der freien Konkurrenz durch Ausdehnung des öffentlichen Eigenthums und Gewerbebetriebs von Staat, Gemeinde ꝛc. eingeschränkt werden solle. Es ist klar, daß die erstere Frage, die *extrem* socialistische Frage nach Organisation der Arbeit, letztere die Frage nach der Berechtigung des Privateigenthums überhaupt berührt, und daß solche Socialpolitiker, welche in Oktroirungsneigung und Tendenz der Beschränkung des Privateigenthums weit gehen, den sogenannten Socialkonservativen nahe kommen müssen.

Man wird im Allgemeinen sagen können, daß die große Mehrzahl der Socialpolitiker von den oktroirten Organisationen gar Nichts wissen will, in Bezug auf Einschränkung des Privateigenthums sich sehr mäßig verhält. So fiel auf dem Kongreß zu Eisenach 1874 nicht nur die Zwangskasse, sondern auch der Kassenzwang. 1875 wollte man nicht einmal eine Beförderung der neuen Innungen aussprechen. Die kriminelle Bestrafung des Kontraktbruchs Erwachsener erhielt nur eine kleine Majorität. Dagegen war man allgemein für energische Fabrikgesetzgebung. In Bezug auf die Reichseisenbahnfrage spalteten sich 1876 in Bremen die anwesenden Socialpolitiker in zwei ziemlich gleiche Hälften, indem Wagner, der Ver-

faſſer u. A. für, Naſſe und Brentano gegen Reichseiſenbahnen waren. Von den bekannteren Socialpolitikern dürfte wohl Wagner derjenige ſein, der auf die Beſchränkung des Gebiets und des Inhalts des Privateigenthums am meiſten Gewicht legt; verhältnißmäßig nahe ſtehen ihm v. Scheel, Schönberg, Samter. Dagegen repräſentirt Brentano und nächſt ihm Schmoller vor Allem die Tendenz nach frei ſich entwickelnder gewerblicher Organiſation, und Brentano wenigſtens iſt ſtatt ein Lobredner eher ein Gegner des Geſammteigenthums.

Man ſieht, das Praktiſche, was die Socialpolitiker wollten und wollen, läßt ſich in ein ſpecialiſirtes Programm nicht zuſammenfaſſen. Sie wollen, unbeirrt von dem Dogmatismus der Baſtiatiden, neue Fragen in einem neueren, der poſitiven Reform zugeneigten Geiſte anfaſſen, in doppeltem Gegenſatz zur Revolution und zum Gehenlaſſen. Im Einzelnen ſind erhebliche Differenzen vorhanden, ja es laſſen ſich ſogar, wie aus dem Vorangehenden erhellt, zwei Gruppen von Socialpolitikern unterſcheiden, welche eine verſchiedene Anziehungskraft auf politiſch-konſervative und politiſch-fortſchrittliche Elemente ausübten. Die vorhandenen Verſchiedenheiten ſind indeſſen nicht größer, als es nöthig und wünſchenswerth iſt, um innerhalb des Vereins Leben und Fortſchritt zu erhalten. –

Wenden wir uns zu der Stellung des Vereins für Socialpolitik zum volkswirthſchaftlichen Kongreß, ſo wurden zwiſchen beiden Vereinigungen im Anfang officielle Einladungen zu den Kongreſſen gewechſelt und es gab von Anfange an Männer, die beiden Vereinigungen aktiv angehörten. Dazu gehörte namentlich Gneiſt, der erſte Präſident des Vereins für Socialpolitik, ferner Genſel, Dannenberg u. A. Dies war bei dem weit gefaßten Programm des Vereins für Socialpolitik und der Programmloſigkeit des volkswirthſchaftlichen Kongreſſes wohl möglich. Indeſſen der Mehrzahl nach hatten die Wortführer des Vereins für Socialpolitik ſich am volkswirthſchaftlichen Kongreß nie betheiligt; ſie waren homines novi. Faktiſch vertrat der volkswirthſchaftliche Kongreß vor Allem das Princip der Entfeſſelung der wirthſchaftlichen Kräfte, der Verein für Socialpolitik die ſociale Reform.

Entfeſſelung der wirthſchaftlichen Kräfte und ſociale Reform ſind, wenn beide mit Maß gewollt, nicht nothwendig Gegenſätze. Aber ſie werden leicht Gegenſätze, weil faktiſch die wirthſchaftlich Starken hauptſächlich an der Entfeſſelung, die Schwachen an der Reform intereſſirt ſind, weil poſitive Reform neue Ordnungen auflegt. Waren doch auch in England die Ligiſten Cobden, Bright ꝛc. Gegner der Fabrikgeſetze! Und der naheliegende Gegenſatz trat bei uns um ſo mehr hervor, als ein Gegenſatz der wiſſenſchaftlichen Methode und, wie erwähnt, leider auch perſönliche Leidenſchaftlichkeit dazukamen.

Die Gegenſätze ſind noch heute keineswegs verſchwunden, aber ſie haben ſich abgeſchliffen — dadurch, daß das abſolute Laissez faire et passer immer mehr aufgegeben wurde. Ich habe ſchon Prince-Smith's letzte Schrift erwähnt und die Stimmung der heutigen liberalen Preſſe. Es iſt außerdem hervorzuheben, daß einzelne Mitglieder des Kongreſſes, wie z. B. Böhmert, ſich realiſtiſchen Arbeiten und ſocialer Reform in humanem Sinne zuwandten — und daß ſeit Eintritt der Kriſis von 1873 in

weitesten Kreisen ein gewisser Schrecken vor anarchischem Walten wirthschaftlicher Spekulation sich geltend macht. Dazu kommt, daß seit Neuestem wirthschaftliche Fragen bei denen die sociale Reform gar nicht in Betracht kommt, wieder in den Vordergrund des öffentlichen Interesses traten, wie z. B. die Schutzzollfrage.

Obwohl im Jahre 1874/75 der literarische Streit zwischen Treitschke und Schmoller noch einmal eine nicht geringe Erregung hervorgerufen hatte und wesentlich dazu angethan war, die Gegensätze zu verbittern, so waren im Herbst 1875 die Dinge doch zu einer Annäherung der beiden gegnerischen Lager reif.

Dem volkswirthschaftlichen Kongreß war in München das Unangenehme begegnet, daß sich bei der Abstimmung eine künstliche schutzzöllnerische Majorität ergab. Auch sonst tagte es sich in München nicht erfreulich. Der Verein für Socialpolitik dagegen bewahrte sich vor einer ähnlichen, ihm zugedachten Ueberrumplung namentlich in Folge seiner strammeren Organisation. Der Eisenacher Kongreß war zwar nicht übermäßig zahlreich besucht aber es zeigte sich unleugbar, daß der Verein für Socialpolitik eine bessere Position gewonnen hatte. Die Anwesenden waren fast Alle weither zugereiste treue, energische Anhänger des Vereins. Man sah, der Verein konnte für alle Zukunft auf eine feste Phalanx rechnen. Unleugbar auch machten die Debatten über Personalsteuer, Lehrlingswesen und Münzfrage überall einen guten Eindruck nicht nur durch das Maß, das alle Redner beobachteten, sondern vor Allem deshalb, weil die Debatten vorbereitet und dadurch gründlich waren.

So wie die Dinge lagen, konnte somit der Verein für Socialpolitik die Initiative zur Annäherung an den volkswirthschaftlichen Kongreß ergreifen, ohne sich Etwas zu vergeben. Und Neigung zu solcher Initiative war vorhanden. Sehr viele Socialpolitiker waren vor Allem geneigt, sich mit dem volkswirthschaftlichen Kongreß gegen die auf dem Gebiete der Zollgesetzgebung drohende Reaktion zu verbinden. Sodann war das Gefühl allgemein, daß fortgesetztes Fernbleiben der Vertreter der verschiedenen Anschauungen von den Versammlungen der Gegner eine Eintönigkeit in die Debatten bringe, welche der Lösung praktischer Fragen nicht günstig sei. Zur Genüge waren die beiderseitigen Principien entwickelt und formulirt. Ueber die persönlichen Angriffe der jüngsten Jahre selbst fing man an gleichgültiger zu denken. Ist doch, wie einst Hermann sich ausdrückte, „ein seltsamer Austausch von Liebenswürdigkeiten" in der deutschen Literatur leider nichts Ungewöhnliches, und entwickeln sich doch moralische Vorwürfe aus Meinungsverschiedenheiten in Deutschland erstaunlich leicht. Auch hatte schon Schmoller gemeint, man dürfe L. Bambergers feuilletonistische Schreibweise so ernsthaft nicht nehmen!

Eines war klar sollten die einzelnen praktischen Fragen der socialen Reform eine allseitige Behandlung erfahren, so mußten sich die entgegengesetzten Anschauungen treffen, nicht meiden. Und „wenn sich auch im Raum die Sachen hart stoßen", so weiß doch jedermann, daß im Leben Compromisse mehr an der Tagesordnung sind, als in der Theorie. Es war vorauszusehen, daß in einer ganzen Anzahl praktischer Fragen die Majorität des Vereins für Socialpolitik und des volkswirthschaftlichen Kongresses

sich ganz gut vertragen könnten — wo das aber nicht vorauszusehen war, war es nicht besser, einmal Aug' in Auge zu debattiren und die Kräfte zu messen?

Gewiß, der sogenannte Kathedersocialismus ist vor Allem eine wissenschaftliche Schule und diese wird ihre Principien gewiß rein entwickeln und ausbauen; aber der Verein für Socialpolitik ist kein wissenschaftlicher Debattirklub, sondern ein praktischer Agitationsverein und einen solchen kann nur Zusammenstoß mit den Gegnern auf die Dauer lebendig erhalten.

Warum man von Anfang an sich nicht auf demselben Felde begegnen konnte, habe ich schon erklärt. Nach den Angriffen, die man in den öffentlichen Blättern gegen die „Kathedersocialisten" gerichtet, nach den ungerechten Anklagen, die man erhoben, ja nach den Verdächtigungen, die stattgefunden, mußten sie vor Allem öffentlich erklären, was sie seien und was sie nicht seien. Ob es möglich sei, auf dem volkswirthschaftlichen Kongreß dies zu erklären, schien zweifelhaft. Hatten doch gar manche „Kathedersocialisten" die sich gegen die Angriffe von Zeitungen aus dem Lager ihrer Gegner vertheidigen wollten, in denselben nicht zum Wort kommen können. Und doch schien eine Manifestation nothwendig, und zwar, da man gemeinsam angegriffen worden war, eine gemeinsame.

So kamen im Sommer 1872 Engel, Wagner und Brentano aus Berlin, Eckardt aus Hamburg, Wilhelm Roscher und Knapp aus Leipzig, Hildebrand und Conrad aus Jena mit Schmoller in Halle zusammen, um sich über gemeinsame Schritte zu berathen. Für's Erste war die Mehrheit keineswegs geneigt, eine Versammlung ähnlich dem volkswirthschaftlichen Kongreß zu berufen. Man dachte zunächst an die Benutzung der Presse, um seinen Ideen Geltung zu verschaffen. Der, welcher die Idee der Berufung eines Kongresses in Vorschlag brachte und dessen gewichtiges Votum die Anwesenden bestimmte, war kein Geringerer als Wilhelm Roscher. Man beschloß die Berufung einer Versammlung zur Besprechung der socialen Frage nach Eisenach, und am 6. und 7. Oktober trat der erste Kongreß der Kathedersocialisten daselbst zusammen, der durch die Wichtigkeit der besprochenen Fragen, die Zahl und Bedeutung der erschienenen Personen und die Aufregung, in die er schon vor seinem Zusammentritt die Zeitungen versetzte, die allgemeine Aufmerksamkeit erregte.

Der Würfel war nun gefallen. Es folgten jährlich ähnliche Versammlungen und aus der freien Versammlung wurde ein Verein, dessen Statuten in Berlin formulirt wurden. Die Jahresversammlungen in Eisenach waren seitdem Generalversammlungen der Mitglieder eines dauernden Vereins. Da der volkswirthschaftliche Kongreß sich bisher zu einem solchen geschlossenen Verein nicht gestaltete, so lag in der Vereinsbildung eine neue, wenn auch nur äußerliche Verschiedenheit beider Richtungen. Es war nur eine äußerliche Verschiedenheit, aber sie war doch bestimmend für die Art und Weise, in der die Annäherung an die bisherigen Gegner stattfinden konnte.

Auf den Versammlungen des Vereins für Socialpolitik können nur Mitglieder stimmen, welche den Jahresbeitrag gezahlt haben und durch ihren Beitritt zum Verein ihr Einverständniß mit den programmmäßigen

Principien des Vereins bekundet haben. Gäste können nur mit specieller Erlaubniß der Versammlung sprechen, niemals abstimmen. Die Beschlüsse des Vereins für Socialpolitik sind sonach nicht der allgemeine Ausdruck der öffentlichen Meinung, sie sind nicht einmal ein Verdikt aller Sachverständigen resp. ihrer Majorität. Aber sie sind der Meinungsausdruck der Sachverständigen einer gewissen Richtung und sind somit nicht rein zufällig. Zufälligkeiten wurden außerdem bisher dadurch ausgeschlossen, daß der Verein immer in Eisenach tagte, wo kein vorübergehender Massen-Eintritt von Bewohnern des Versammlungsorts in den Verein möglich war.

Die Mitglieder des Vereins haben außer dem Stimmrecht das Recht auf unentgeltlichen Bezug der Vereinsschriften, welch letztere aus den vorbereitenden Gutachten und den stenographischen Kongreßberichten bestehen. Die Herstellung der Gutachtenbände verursachte viele Mühe und dieselben sind selbstverständlich von verschiedenem Werth. Jedenfalls haben sie im höchsten Maße dazu beigetragen, die Debatten gründlich und allseitig zu machen, diese über das Niveau eines zwecklosen Turniers zwischen unverantwortlichen Rednern emporzuheben. Gutachten und Berichte zusammen müssen als dauernde Bereicherungen der Literatur über die betreffenden Fragen betrachtet werden — man denke an die Schriften über Aktiengesetzgebung, Personalsteuer, Lehrlingswesen ꝛc.

Der volkswirthschaftliche Kongreß dagegen sucht zwar auch eine gewisse Kontinuität und Organisation durch seine ständige Deputation und durch die Einrichtung zu wahren, daß die Mitglieder des früheren Kongresses eingeladen werden. Aber der Kongreß tagt alljährlich in einer anderen volks- und verkehrsreichen Stadt und wer da Mitglied des einen Kongresses wird — was man auf den beliebigsten Principien stehend ohne Weiteres kann — der hat auf diesem Kongreß alle Rechte zu sprechen und abzustimmen.

Es ist klar, daß dadurch, wie die Erfahrung gezeigt hat, zufällige Abstimmungen entstehen. Vorbereitung der Debatten durch Gutachten findet auch nur ausnahmsweise und als ein persönliches Unternehmen statt — wie z. B. die vorjährige Eisenbahnenquête Böhmerts. Die Tagesordnung pflegt viele Gegenstände zu umfassen und wird nach dem Willen der Versammlung geändert. Das Programm in Bezug auf Feste und Geselligkeit pflegt beim volkswirthschaftlichen Kongreß reichlicher zu sein, als in Eisenach. Diese theils statutarischen, theils gewohnheitsgemäßen Unterschiede bewirken, daß man wohl mit vollster Unparteilichkeit sagen kann:

> Die Debatten und Beschlüsse des Vereins für Socialpolitik waren, wenn auch einseitiger, so doch gründlicher und bedeutender für die Dauer;
>
> die des volkswirthschaftlichen Kongresses dagegen erfreuten sich im Augenblick jedesmal eines größeren Interesses und größerer allgemeiner Theilnahme, namentlich soweit es sich um Tagesfragen handelte. Beim Verein für Socialpolitik war die geleistete Arbeit, beim volkswirthschaftlichen Kongreß die augenblickliche praktische Wirksamkeit größer.

Es wurde dies noch wesentlich beeinflußt durch die Personen, die in beiden Lagern hervorragen. Auch der Verein für Socialpolitik umfaßt außer Gelehrten und Verwaltungsbeamten Vertreter der Presse, Kaufleute und Industrielle — und auf seinen Versammlungen erschien eine sehr

wichtige Kategorie von Praktikern, nämlich Arbeiter. Aber auf dem volkswirthschaftlichen Kongreß ist der Zuzug von Praktikern, die an den jeweiligen Fragen interessirt sind, ungleich größer. Abgeordnete und parlamentarische Führer betheiligten sich an beiden Versammlungen bisher vergleichsweise wenig — kein Wunder, wenn man bedenkt, welche Summe des Redens und Sitzens unseren Volksvertretern zugemuthet wird, und daß diese, vorwiegend mit politischen Parteifragen beschäftigt, wenig Lust haben, sich ihre Stellung durch energische Parteinahme in wirthschaftlichen und socialen Fragen zu erschweren.

Die Präsidenten der beiden Vereinigungen: Braun, Gneist und Nasse, sind und waren zwar hervorragende Parlamentarier, auch Andere nahmen Theil: Sybel, Franz Duncker, Tiedemann, Löwe, Blum, Genfel ꝛc. ꝛc. Weit mehr aber glänzen durch Abwesenheit. Man wird kaum behaupten können, daß der volkswirthschaftliche Kongreß über mehr parlamentarische Größen verfügt, als der Verein für Socialpolitik aber ersterer verfügt ganz gewiß über mehr Vertreter der Presse und über mehr Redner, die auf dem Gebiete der öffentlichen Agitation gewandt und erfahren sind. Zu diesen Rednern gehören auch die vielen Handelskammersekretäre.

Fassen wir das Gesagte zusammen, so ist klar, daß die strammere Organisation des Vereins für Socialpolitik eine Annäherung ohne Auflösung der eigenen Ordnung erschwerte und daß andererseits die Verschiedenheit der Organisation und Zusammensetzung beider Vereinigungen die Annäherung doppelt wünschenswerth machte. Die Socialpolitiker begehrten naturgemäß nach stärkerer Verbindung mit der Presse, nach ausgedehnterer Wirkung durch Zutritt gewandter Redner, erfolgreicher Agitatoren, gewiegter Praktiker. Umgekehrt konnte dem volkswirthschaftlichen Kongreß die stärkere Vertretung eines schwerfälligen, aber doch gewichtigen Elements, nämlich der wohl vorbereiteten und in Bezug auf persönliche Interessen unparteiischen Akademiker nicht unwillkommen sein.

All dies überlegte und besprach in vielstündiger Sitzung der Ausschuß des Vereins für Socialpolitik, als er im Oktober 1875 auf den letzten eben abgeschlossenen Kongreß mit Befriedigung zurückblickte. Es wurde zuletzt beschlossen, der ständigen Deputation des volkswirthschaftlichen Kongresses ein Arrangement anzubieten, demzufolge jede Vereinigung nur alle zwei Jahre tagen und zu ihrer Versammlung die Mitglieder der anderen Vereinigung als rede- und stimmberechtigte Gäste einladen solle.

Die gegenseitigen Einladungen beziehen sich in Anbetracht der verschiedenen Organisation auf die Mitglieder des Vereins für Socialpolitik und auf die Mitglieder des letzten volkswirthschaftlichen Kongresses. Den Eingeladenen bleibt selbstverständlich unbenommen, persönlich zugleich Mitglied der einladenden Vereinigung zu werden.

Von der Annahme dieses Anerbietens waren zwei große Vortheile zu erwarten: Einmal ergab sich die Gelegenheit, sich wirklich gegenseitig auszusprechen, genau zu sehen, wie groß die Differenzen sind, inwieweit man zusammenwirken könne und nicht. Und es mußte dadurch das allgemeine Interesse an den Versammlungen steigen.

Dann aber wurde bewirkt, daß jährlich nur eine allgemeine wirthschaftliche Versammlung in unserem mit Kongressen überreich beglückten Vater-

lande stattfindet und diese natürlich besser besucht sein kann, als zwei getrennte Versammlungen.

Mehr, z. B. volle Vereinigung, vorzuschlagen, war unmöglich; es mußte erst versucht werden, wie sich die bisherigen Gegner vertragen würden, es war zunächst an ein einheitliches neutrales Präsidium nicht zu denken, während bei alternirenden Versammlungen sich auch das alternirende Präsidium von selbst versteht. Jedenfalls wollte auch die große Majorität der Socialpolitiker die feste bewährte Organisation ihres Vereins absolut nicht aufgeben oder auch nur gefährden.

Das Offert des Vereins für Socialpolitik wurde von der ständigen Deputation bereitwillig angenommen – freilich nicht ohne schwierige Verhandlungen über die näheren Modalitäten des Abkommens. Auch eine Verzögerung entstand in Folge von Bambergers Angriffen auf die Socialpolitiker im Reichstag, welcher Zwischenfall aber durch eine Korrespondenz zwischen Bamberger und dem Sekretär des Vereins für Socialpolitik glücklich beigelegt wurde. So waren Ostern 1876 die beiden Ausschüsse einig und im Oktober in Bremen genehmigten auch die beiderseitigen Generalversammlungen – Seitens des Vereins für Socialpolitik unter Statutenänderung — das Abkommen, das von den meisten Mitgliedern beider Lager so eifrig gewünscht war.

So tagten also, wie schon Eingangs erwähnt, in Bremen die beiden Gegner zum erstenmal vereint. Unter einem glücklichen Stern vollzog sich die Annäherung, denn die Liebenswürdigkeit der Bremer Gastfreunde rief in Aller Herzen eine angenehme und wohlwollende Stimmung hervor und nirgends konnte sich der arbeiterfreundliche Socialpolitiker leichter zu den Gegnern gesellen, als in einer Stadt, deren Bürger in der hervorragendsten Weise den Satz: „noblesse oblige“ befolgen, deren Bürger dem ganzen Vaterland ein rühmliches Vorbild erfolgreicher Arbeitsamkeit unter den schwierigsten Verhältnissen gegeben und sich an schwindelhaften Excessen der kapitalistischen Spekulation relativ am wenigsten betheiligt haben.

Die Socialpolitiker mußten es zwar aus formellen Gründen ablehnen, Einen der Ihrigen ins Präsidium zu stellen; aber ihr Präsident bekam bei allen Festen einen Ehrenplatz und sie betheiligten sich rege an den Debatten; Dannenbergs Name stand an der Spitze der Antragsteller gegen Erhaltung der Eisenzölle, und wenn sich die Socialpolitiker wenig an den Freihandelsdebatten betheiligten, so stimmten sie doch fast einstimmig für den Freihandel, und in der Reichseisenbahndebatte war Wagner Referent, Nasse ein Wortführer der Gegenpartei.

Die Tagesordnung des Bremer Kongresses war wenig geeignet, die Gegensätze beider Richtungen hervortreten zu lassen und deshalb hat man wohl das Erscheinen der Socialpolitiker so wenig beachtet. Zwei volle Tage nahmen die Debatten über Werth- und Gewichtszölle, über die Erneuerung der Handelsverträge, über die Eisenzölle in Anspruch. Das Interessante bei den Debatten war das Auftreten praktischer Interessenten und altbewährter Redner. Mit großer Aufmerksamkeit wurde Seyffardt's klare, Hertzka's (Wien) glänzende, Wolffs (Stettin) scharfe Rede vernommen, während die bekannten Schutzzöllner Stöpel und Bueck von ihren erregten Anhängern leidenschaftlich accompagnirt wurden. Auf den höchsten

Punkt steigerte sich das dramatische Interesse als in der Eisenzollfrage sich die beiden Praktiker Baare und Philippson gegenüberstanden.

Alle Abstimmungen fielen zu Gunsten des Freihandels aus; dies hat eine nicht geringe Bedeutung, weil die naturgemäß freihändlerischen Stimmen der Bremer durch die größere Energie und den in Folge einer besonderen Versammlung exceptionell starken Zuzug von Schutzzöllnern aufgewogen wurden. Die Abstimmung der gegen 300 Kongreßmitglieder mag also in der That beweisen, daß in Deutschland die Majorität der Sachverständigen und Interessenten *für* Aufrechterhaltung des Princips der Handelsverträge *mit* der Klausel der meistbegünstigten Nationen, *gegen* die Verlängerung der Eisenzölle und *gegen* eine Umkehr unserer Handelspolitik zu verstärktem Schutzzoll ist. Die Majorität bestand keineswegs aus principiellen enragirten Freihändlern, sondern aus Männern, welche die gegenwärtige Lage der Dinge in Deutschland ruhig zu erwägen und die überwiegenden wichtigeren Interessen zu erkennen verstanden, ohne unter dem Druck der jetzigen Krisis nach Regierungshülfe um jeden Preis zu schreien.

Mit verschwindenden und ganz zufälligen Ausnahmen stimmten die Socialpolitiker, darunter auch der Verfasser mit der Majorität. Wenn ich meine Gründe für meine Abstimmung angebe, treffe ich wohl die Ansicht Vieler:

Meines Erachtens sind zeitweilige Schutzzölle zu Gunsten einer jungen Industrie nicht zu verwerfen, aber zur Zeit sind wir in Deutschland unbedingt veranlaßt, die bisherige Politik des allmähligen Uebergangs zum vollen Freihandel beizubehalten. Die jetzige Krisis ist nicht durch Freihandel verschuldet, kann also durch Schutzzölle weder gemildert, noch gehoben werden.

Unsere jetzigen Schutzzöllner, die ja alle keine principiellen Schutzzöllner sein wollen, erscheinen mir zumeist als Leute, die unter dem Eindruck der Krisis den Kopf verloren haben, oder aber über dem einseitigen Interesse an ihrem Gewerbe die Gesammtinteressen völlig vergessen – und die jedenfalls in Folge ihrer eigenen Erregtheit ihre Kraft überschätzen.

Was die Eisenzölle speciell betrifft, so bin ich der Meinung, daß es sich hier um keine Principienfrage, sondern um die konkrete Frage handelt, ob unsere Eisenindustrie noch so jung ist, daß sie noch für eine kurze Zeit Unterstützung braucht, oder aber, ob die Unterstützung lediglich absolut lebensunfähige Werke zeitweilig halten würde. Diese konkrete Frage ist sehr schwer zu entscheiden und da jedenfalls der Zoll um den es sich hier handelt, niedrig ist, also die Wirkung seiner Verlängerung sehr unbedeutend sein würde, so könnte man hier einem allgemeinen Drängen unschwer nachgeben, überzeugt, daß der Erfolg sehr bald die Nutzlosigkeit der Maßregel beweisen würde. Wenn ich dennoch unbedingt gegen die Verlängerung der Eisenzölle stimmte, so bewogen mich dazu gerade die von den Eisenzöllnern (incl. Baare) in Bremen vorgebrachten Argumente, welche entweder Nichts oder viel zu viel bewiesen — nämlich die Hoffnung, auf die zeitweilige Verlängerung der Eisenzölle würde schärferer dauernder Schutzzoll folgen. — Das „principiis obsta", die Tendenz, dem Wunsche nach gründlicher Umkehr unserer Handelspolitik zu begegnen, beherrschte meine Abstimmung.

Ich kann zufügen, daß ich, gleich den meisten Socialpolitikern, ein natürliches Mißtrauen gegen verkappte und offene Schutzzollpolitik hege. Weil die Socialpolitiker Staatsintervention nicht verschmähen und die Interessen der Arbeit vertreten, glaubte man sie mit der Phrase „vom Staatsschutz für die nationale Arbeit" fangen zu können und viele Schutzzöllner verweisen ja jetzt mit Vorliebe auf die Noth der industriellen Arbeiter, gerade so wie es seiner Zeit die englischen Antikornzollleagisten thaten. Indessen die Arbeiter in den Gewerkvereinen ließen sich dadurch nicht fangen und was die Socialpolitiker betrifft, so vertreten sie Staatsintervention im allgemeinen Interesse, Staatsintervention, welche schädliche Ausbeutung der Schwachen durch die Starken verhütet, Staatsintervention, welche sociale Bewegungen in gesetzliche und politisch ungefährliche Bahnen leitet, keineswegs aber Staatsintervention zum einseitigen Vortheil einer Minorität unter den Besitzenden.

Man bedenke ferner, daß die Socialpolitiker gelehrte Nationalökonomen sind und das Zeitgemäße und Wahre in den Lehren von A. Smith und Ricardo keineswegs verwerfen; man bedenke, daß sie Männer sind, die keineswegs um jeden Preis eine Rolle spielen wollen und daher nicht bereit sind, dem Schutzzoll zuzuschwören, um irgendwo an der Spitze zu stehen.

Auf die Mehrheit und das allgemeine Wohl kommt es uns an; treu den Principien der realistischen Methode, sind wir bereit, betreffs jedes einzelnen Zolls die thatsächlichen Verhältnisse genau zu untersuchen. Aber im Zweifelsfall stehen unsere Sympathieen naturgemäß auf Seiten des Freihandels. So hat die Bremer Debatte zwar nicht zur Aufklärung unserer Gegensätze zu dem volkswirthschaftlichen Kongreß, wohl aber dazu beigetragen, daß man die uninteressirte Objektivität der Socialpolitiker und ihre Uebereinstimmung mit den alten Freihändlern in vielen Fragen erkannte.

Leichter hätten die Gegensätze bei der Eisenbahndebatte hervortreten können. Wagner knüpfte ja auch an seine vielangefochtenen Reden bei der Aktiendebatte in Eisenach an und bekannte seine Vorliebe für staatlichen Gewerbebetrieb, während Böhmert den Geist von Adam Smith anrief. Aber unter den Mitgliedern des volkswirthschaftlichen Kongresses waren sehr Viele, welche die Frage selbst genau zu untersuchen und mit dem laissez faire et passer durchaus nicht zu entscheiden geneigt waren — Dank dem vollzogenen Umschwung in der öffentlichen Meinung und dem eigenthümlichen Interesse von Handel und Industrie *gegenüber* den Verkehrsanstalten. Andererseits waren Nasse und andere Socialpolitiker *gegen* das Reichseisenbahnprojekt, nicht weil sie aus wirthschaftlichen Gründen Staatsbahnen abgeneigt waren, sondern weil ihnen *dieser* Anfang des Uebergangs zum Staatsbahnsystem unpraktisch erscheint, und aus konstitutionellen Bedenken. So kam bei den alten Anhängern des volkswirthschaftlichen Kongresses die nüchterne Betrachtung der jetzigen Thatsachen mit den Lehren von Adam Smith, bei den Socialpolitikern die gleiche Betrachtung mit der Neigung zur Staatsthätigkeit in Konflikt. Und es ergab sich eine Abstimmung, welche weder für die Gegensätze der beiden Vereinigungen charakteristisch war, noch überhaupt die Hauptpunkte ent-

schied. Trotz dessen wird man vielleicht sagen können, daß jedenfalls keine Majorität für das Reichseisenbahnprojekt vorhanden war. Indessen die Reihen der Mitglieder waren schon sehr gelichtet, Viele waren schon abgereist. Ich erlaube mir, zu bemerken, daß auch ich schon abgereist war, im Falle meines Bleibens aber mit Wagner gestimmt haben würde. Denn wie mein Aufsatz in den Jahrbüchern für Landwirthschaft beweist, konnte ich nicht, wie die Nationalzeitung irrthümlich berichtete, zu den Unterzeichnern des Antrags Nasse-Brentano gehören.

So verlief der 17. volkswirthschaftliche Kongreß glänzend und wirkungsvoll in Bezug auf handelspolitische Fragen, resultatlos in Bezug auf sociale Fragen im engeren Sinne des Worts. Zum erstenmal hatten die beiden Vereinigungen zusammen getagt, es ist alle Aussicht vorhanden, daß sie mit wachsendem Erfolge wieder vereint tagen werden. Der Vorschlag aus den alternirenden Versammlungen mit gegenseitiger Einladung eine völlige Verschmelzung sich entwickeln zu lassen, wird sicher wieder auftauchen.

Als Schriftführer des Vereins für Socialpolitik werde ich in Bezug auf solche Fragen jederzeit ausführen helfen, was der Ausschuß und die Generalversammlung des Vereins für Socialpolitik beschließen. Wenn ich aber meine persönliche Meinung über solche Zukunftsfragen hier offen aussprechen darf, so ließe sich diese etwa also formuliren.

Die Gegensätze werden, wenn auch weniger scharf, in der Literatur noch lange fortleben und die einzelnen Socialpolitiker haben, um ihre Principien wissenschaftlich durchzuführen, noch ein gutes Stück Arbeit vor sich. Auf dem Gebiete praktischer Agitation dagegen wäre es wünschenswerth, eine einheitliche Arena zu schaffen, auf der die verschiedensten Ansichten von Industriellen und Kaufleuten, von Arbeitern, von Verwaltungsbeamten und Gelehrten sich gegenseitig aussprechen können. Ebenso wünschenswerth aber wäre es, daß in einem solchen Verein und seinen Generalversammlungen nicht ein zufälliges Publikum, sondern der Hauptsache nach nur wirkliche – praktische und theoretische – Sachverständige aufträten und über einzelne Fragen nur mit gründlicher Vorbereitung debattirten. Dann könnte ein Verein, der Fragen der Wirthschaft, der inneren Verwaltung und socialen Organisation aufs gründlichste und sachverständig behandelt, eine höchst einflußreiche und wirksame Hülfe für unsere gesetzgebenden Versammlungen werden. Eintheilung des Vereins und der Versammlungen in Sektionen würde dabei wohl nöthig werden.

Obwohl der volkswirthschaftliche Kongreß und der Verein für Socialpolitik von den erforderlichen Elementen zu einer solchen Neugründung viele enthalten, so fehlen doch auch bei beiden noch viele: Arbeiter, Verwaltungsbeamte und Abgeordnete sind in beiden Vereinigungen zu schwach vertreten. Die gesammte Mitgliederzahl beider Vereinigungen ist zu gering, um die unentbehrlichen Geldmittel für umfassende Enquêten und große Publikationen aufbringen zu können. So lange der Centralverein für das Wohl der arbeitenden Klassen, der Verein für öffentliche Gesundheitspflege u. dgl. ihr geachtetes Sonderleben fortführen, so lange Handelstag, landwirthschaftlicher Kongreß, Genossenschaftskongreß, Gewerkvereinskongreß ꝛc. keineswegs an Bedeutung dem volkswirthschaftlichen Kongreß

und Verein für Socialpolitik nachstehen — würde eine volle Amalgamirung der beiden letztgenannten Vereinigungen allein wenig helfen, wohl aber leicht manche Schwierigkeiten erzeugen.

Auf dem Gebiete der öffentlichen Agitation wie auf dem der periodischen Presse herrscht Kräftezersplitterung in Deutschland. Wir müssen allerdings darnach streben, wenigstens einzelne großartigere Organisationen für Agitation auf weiteren Gebieten zu schaffen. Wie und wann aber das Ideal eines koncentrirteren, in Sektionen getheilten, socialwissenschaftlichen Kongresses zu erreichen sei dies ist eine Frage des Moments und der Personen meine Meinung ist zur Zeit, daß dies leichter einmal durch eine volle Neugründung, als durch Vereinigung von nur zwei älteren Kongressen anzubahnen sein wird. Eine Vereinigung letzterer Art könnte leicht durch eintretende Farblosigkeit des Amalgams die beiden Elemente desselben schwächen ohne eine wirklich große und dadurch starke Organisation zu schaffen. So ist es meine Meinung, daß wir die jetzt erreichte Annäherung, die an sich schon ein großer Gewinn ist, einstweilen eifrig und ehrlich pflegen, was aber weitere Schritte betrifft, den geeigneten Moment abwarten sollen, in dem sich eine mächtigere Organisation aus alten und neuen Elementen schaffen läßt. Jedenfalls können und müssen wir einmal abwarten, wie sich die Dinge 1877 gestalten, wenn die Mitglieder des volkswirthschaftlichen Kongresses mit den Socialpolitikern über eigentlich sociale Fragen debattiren.